

**Protokoll der 8. Sitzung des schwul-lesbischen Runden Tisches am 08. Oktober 2002,
16.00 Uhr im Rathaus, Saal Tremonia**

Anwesend:

Andre Zwiers-Polidori, LSVD e.V.
Astrid Richardt, LSVD e.V./KCR e.V.
Susanne Talia, schibsel e.V.
Anne Lehwald, Schibsel e.V.
Frank Przibylla, Slado e.V.
Michael Stork, Herzenslust
Alfred Hennekemper, Jugendamt
Klaus Kohts, Jugendamt
Markus Alex, KCR e.V.
Michael Batt, Kulturbüro
Udo Lepper, Gesundheitsamt
Carolin Schween, Personalamt
Rudi Heinki, Personalamt
Ulrich Moeske, Stadt- und Landesbibliothek
Manfred Stankewitz, Sozialdezernat
Reinhold Giese, SPD-Ratsfraktion
Jürgen Brunsing, Bündnis 90/Die Grünen im Rathaus
Marianne Schobert, Paritätischer Wohlfahrtsverband
Christiane Vollmer, Sozialdezernat

Sitzungsleitung:

Reinhild Giese

- 1. Tagesordnung:** wurde wie vorgeschlagen übernommen.
- 2. Vorstellungsrunde:** wird auf Vorschlag von Herrn Giese bei neuen Teilnehmer/innen im Verlauf der Sitzung erledigt.
- 3. Protokoll:** Astrid Richardt weist darauf hin, dass es entgegen der Protokollnotiz auf Seite 3 kein Gespräch mit den städtischen und den Beratungsstellen der freien Träger gegeben habe. Der Slado habe eine Einladung zu diesen regelmäßigen Treffen erbeten, eine gemeinsame Sitzung sei bisher nicht zustande gekommen. Stattgefunden habe ein gemeinsames Gespräch zwischen dem Saldo und den städtischen Erziehungsberatungsstellen.

4. Umsetzung des Handlungskatalogs zur kommunalen Schwulen- und Lesbenpolitik

4.1 Schwul-lesbisches Medienverzeichnis: Der Leiter der Stadt- und Landesbibliothek, Herr Moeske, betont die gute Zusammenarbeit mit dem Slado zur Erstellung des Medienverzeichnisses und erläutert die Ursachen für die Verzögerungen bei der Drucklegung, für die zunächst ein Ausschreibungsverfahren erforderlich war.

Da jede Bestandsaufnahme bereits zum Zeitpunkt der Veröffentlichung als veraltet betrachtet werden kann, regt er an, auf solider finanzieller Grundlage in zwei oder drei Jahren erneut ein Medienverzeichnis zu erstellen.

Im Erstellungsprozess ergab sich das Lektorat der Stadt- und Landesbibliothek und wurde damit beauftragt, bei Neuanschaffungen von Medien die Verschlagwortung so zu gestalten, dass ersichtlich ist, ob die jeweiligen Medien Homosexualität zum Thema haben. Den bisherigen Bestand der Stadt- und Landesbibliothek auf Basis des Medienverzeichnisses neu zu verschlagworten („sekundäre Retrokonversion“) kostet pro Medium zwischen 1 und 2 € und ist mit dem vorhandenen Etat nicht zu finanzieren.

Auf Nachfrage von Herrn Zwiers-Polidori erläutert Herr Moeske, dass es vermutlich möglich sein wird, das erstellte Verzeichnis so in die Datenetze der Stadt- und Landesbibliothek aufzunehmen, dass ein Internet-Zugriff und Recherche möglich sind. U.a. ist das weitere Verfahren von dem neuen Wartungsvertrag für das System abhängig.

Herr Zwiers-Polidori wird Herrn Moeske zum Sachstand im Januar ansprechen.

4.2 Lesben und Schwule in der Arbeitswelt:

Frau Schween berichtet über die Kritik der Teilnehmer/innen am ersten Seminar zum Thema, das in Kooperation mit andersrum gestaltet wurde. Den Teilnehmer/innen fehlte der Verwaltungsbezug, die Zielsetzung der Veranstaltung blieb ihnen unklar und vor allem die älteren Auszubildenden empfanden die Seminargestaltung als unangemessen. Die anschließende Neukonzeptionierung führte zur Einladung von Mitarbeiter/innen aus dem Standes- und dem Sozialamt, die den Verwaltungsbezug bei dieser Thematik mit Praxisbeispielen verdeutlichten. Diese und andere konzeptionelle Veränderungen ergaben in der Teilnehmer/innenrückmeldung eine positive Entwicklung. Wie beim ersten Seminar wurde jedoch in der abschließenden Besprechung die Notwendigkeit für die Teilnehmer/innen bezweifelt; das Thema sei eher für ältere Kolleg/innen wichtig. Auf Basis dieser Rückmeldung befragte das Personalamt die Auszubildenden des Einstellungsjahrgangs 2002 anonym, ob sie es für notwendig halten, die Situation Schwuler und Lesben und ihrer Kolleg/innen zum Thema zu machen. Von den 25 Befragten hielt keine/r dieses Thema für überflüssig. Auch in den zukünftigen Planungen werden diese Seminare für den gesamten Ausbildungsjahrgang vorgesehen; bei entsprechender Gruppengröße werden Kleingruppen nach Alter gebildet.

Nach einem kurzen Meinungs austausch, in dem Herr Zwiers-Polidori anregt, die freiwilligen Weiterbildungen von Führungskräften zum Thema „Umgang mit Angehörigen von Minderheiten“ zu erweitern, stellt Frau Schween fest, dass seitens des Personalamtes das Seminar regelmäßiger Bestandteil der Ausbildung sein soll; angedacht wird auch eine Ausweitung auf andere Ausbildungsgänge.

4.3 Räumliche Perspektiven für die schwul-lesbischen Selbstorganisationen:

Die Mitgliederversammlung des KCR hat beschlossen, am jetzigen Standort zu bleiben. Der Slado wird zukünftig im KCR mit einem Büroarbeitsplatz vertreten sein. Angesichts des Substanzverfalls des Gebäudes wird ein Gutachten zur Sanierungsfähigkeit des Gebäudes in Auftrag gegeben und anschließend das Gespräch mit dem Stadtplanungsamt gesucht.

Auf Basis der Tischvorlage zu Finanzierungsmöglichkeiten problematisiert Frau Schobert, dass die Sparkassenmittel zur Förderung der Kulturarbeit von der BV Innenstadt-Nord nicht an Träger der freien Kulturarbeit ausgeschüttet werden. Herr Zwiers-Polidori bedauert das anscheinend geringe Interesse der Bezirksvertreter/innen der Nordstadt an der Arbeit des

KCR, die auch ein Engagement für den Stadtteil sei. Herr Giese sagt zu, mit der Bezirksvertretung Kontakt aufzunehmen.

4.4 Psychosoziale Beratung für Lesben und Schwule:

Schibsel e.V. hat Stadtrat Pogadl informiert, dass es eine mündliche Mitteilung des Referates für gleichgeschlechtliche Lebensweisen gibt, „dass eine Weiterführung als Regelförderung unserer Lesbenberatungsstelle, vom Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes NRW beabsichtigt wird.“ Frau Talia und Frau Schobert betonen die Notwendigkeit einer kommunalen finanziellen Unterstützung für die zielgruppenspezifische Beratung. Frau Schobert weist auf die vorliegende Leistungsbeschreibung von Schibsel hin, die den Rahmenvereinbarungen entspricht, die Grundlage für den Abschluss von Zuwendungsverträgen mit den Verbänden sind. Frau Vollmer weist auf die Beschränkungen hin, die zum einen aus den kommunalen Haushaltskonsolidierungsprozessen und zum anderen dadurch entstehen, dass die Beratungsstelle nach Landeswillen regional arbeiten soll, kommunale Mittel jedoch nur für Dortmunder Ratsuchende verwendet werden können.

Da Förderinhalt, -art und –umfang des Landes noch nicht geklärt sind, wird nach Vorlage des Bewilligungsbescheids ein Vorschlag zur kommunalen Unterstützung für die nächste Sitzung des Runden Tisches entwickelt.

4.5 Fortbildung „Gleichgeschlechtliche Identität“ für Mitarbeiter/innen im Bereich der Kinder- und Jugendförderung, der Tageseinrichtungen für Kinder, der erzieherischen Hilfen und der Beratungsstellen:

Herr Zwiers-Polidori schildert den Fall einer Mutter, deren Sohn sich als schwul geoutet hatte und die im Jugendamt nur unangemessene Auskünfte und keinerlei Hilfestellung bekam. Herr Kohts sagte zu, sich des Einzelfalls anzunehmen, wenn er mitgeteilt bekommt, in welchem Teil des Jugendamtes sich dieser Vorfall ereignete. Informationen über Beratungs- und Unterstützungsangebote für Schwule, Lesben und deren Angehörige werden den Mitarbeiter/innen des Jugendamtes nicht in Sonderveranstaltungen, sondern als Bestandteil der Regel-Fortbildungen vermittelt.

4.6 Hepatitis-B-Impfkampagne:

Herr Lepper weist auf die schriftlich vorliegenden Ausführungen hin. In einem Arbeitskreis aus Mitgliedern des Slado, des Gesundheitsamtes und der kassenärztlichen Vereinigung soll die Gestaltung und Durchführung einer Impfkampagne vorbereitet werden. Dazu erbittet er eine Einschätzung der schwulen Selbstorganisationen, wie groß die Anzahl der impfwilligen Schwulen in Dortmund ist. Herr Stark berichtet von einer Befragung von 600 eher jüngeren Männern am Rande einer Veranstaltung, von denen 300 impfwillig waren. Diese Impfungen im Rahmen einer Impfkampagne durchzuführen, sei für die Kassen kostengünstiger als Einzel-Impfungen. Dieser Einschätzung stimmte Herr Lepper zu. Herr Zwiers-Polidori äußerte die Bitte, auch ältere Schwule im Rahmen der Kampagne anzusprechen. In München seien 500 Schwule mit einer Impfkampagne erreicht worden.

Über das Gesundheitsamt wird eine Einladung an die Träger zum Arbeitskreis ausgesprochen werden; der Zeitplan für das weitere Verfahren ist noch unklar.

4.7 HIV-Präventionsarbeit

Herr Zwiers-Polidori hält es für erforderlich, sich zu der Streichung der Mittel für die Aids-Hilfe zu positionieren. Die Argumente für diesen Vorschlag seien nicht tragfähig: Mit dem Hinweis auf Aids als chronische Erkrankung wie andere gehe eine Verharmlosungstendenz einher. Die Aids-Beratung im Gesundheitsamt habe eine hohe Zugangsschwelle. Die schwule Präventionsarbeit durch die Aids-Hilfe und das Herzenslust-Team gerade mit Jugendlichen sei dringlicher denn je, da die fehlende Erfahrungen mit sterbenden Freunden bei den Jüngeren trotz eines theoretischen Wissens nicht zur entsprechenden Praxis führe. Um für diese Arbeit die Landesförderung nicht zu verlieren, strebe Herzenslust die Eintragung als Verein an, um die Fördermittel für Dortmund auch dann zu sichern, wenn die Aids-Hilfe aufgrund der Streichung kommunaler Mittel nicht weiterarbeiten könne. Herr Giese stellt fest, dass der Vorschlag einer Mittelstreichung für die Aids-Hilfe in einem weiteren Gespräch zwischen der Aids-Hilfe, dem Paritätischen und dem Gesundheitsamt erörtert werden wird; eine abschließende Entscheidung sei nicht gefallen. Im Haushaltsplanentwurf für 2003 und 2004 wird die Aids-Hilfe zudem weiter als Zuwendungsempfänger aufgeführt. Herr Stankewitz erläutert, dass der Vorschlag der Mittelkürzung bei der Aids-Hilfe aus der Überlegung entstand, dass eine Mittelkürzung von 5 % für alle Zuwendungsempfänger in Dortmund zu erheblich größeren Einbrüchen in der sozialen Infrastruktur führen werde als die Einstellung der Zuwendungen für einzelne Handlungsfelder. Frau Schobert berichtet, dass der Vorstand des Paritätischen einstimmig beschlossen habe, diesem Vorschlag nicht zu folgen und zur damit verbundenen Problematik in die Öffentlichkeit zu gehen. Daher seien bisher bei der Aids-Hilfe keine personellen Konsequenzen gezogen worden. Herr Stork weist auf die Informationen aus der Präventionsarbeit in Essen hin, dort ist es in letzter Zeit zu 11 Neuinfektionen gekommen, 5 der Infizierten waren jünger als 20 Jahre. Laut Frau Schobert warnen auch Fachkreise vor einer Steigerung der Infektionsraten. Sie wird ein Schreiben mit Argumenten für den Erhalt der HIV-Präventionsarbeit im bisherigen Umfang zur Verfügung stellen, damit es mit dem Protokoll mitverschickt werden kann.

4.8 Berichte zu weiteren Bausteinen des Handlungskatalogs: wird in die nächste Sitzung verschoben.

5. Sachstandsbericht zur Umsetzung des schwul-lesbischen Handlungskatalogs für den Rat der Stadt Dortmund und die Ausschüsse: Sobald ein erster Entwurf für den gewünschten Sachstandsbericht erstellt ist, wird das Dezernatsbüro Frau Richardt und Herrn Zwiers-Polidori um Ansprechpartner/innen für die Rücksprache bitten.

6. Termin der nächsten Sitzung: Die Anwesenden verständigen sich darauf, sich am 04. Februar um 16.00 Uhr erneut zu treffen.

7. Verschiedenes: Es soll eine Pressemitteilung zu den Themen 1. „Aids-Hilfe“ und 2. „psychosoziale Beratungsangebote für Lesben, Schwule und deren Angehörige“ geben, die zu 1. mit Frau Schobert und zu 2. mit Frau Talia rückgesprachen wird.

cv, 09.10.02